

HEUTE
17.10.2017

Liebe Leserin, lieber Leser



Patrik Müller

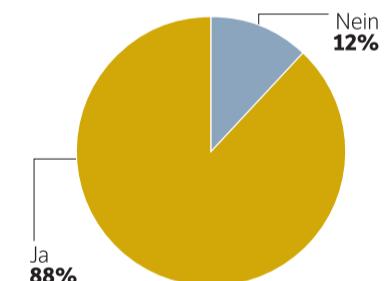
Die Digitalfotografie hat das Zeitungsmachen tiefgreifend verändert. Als ich vor zwanzig Jahren ein Volontariat im AZ-Regionalressort Zurzach absolvierte, gab es dort noch eine Dunkelkammer. **Heute wandern die Fotos blitzartig von der Kamera auf die Websites und Zeitungsseiten.** Eine der Folgen: Archive mit Negativen und Papierabzügen sind überflüssig geworden. Dieser Wandel ist der Hintergrund dafür, dass der Medienkonzern Ringier sein Bildarchiv dem Kanton Aargau vermacht hat. Nun sind einige der Foto-Trouvailles im Museum zu bestaunen (Kulturtip).

Frage des Tages
Unterstützen Sie die No-Billag-Initiative?

Ja Nein

Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch
www.srbasel.ch
www.basellandschaftliche.ch
www.solothurnerzeitung.ch
www.grenchnertagblatt.ch
www.limmattalerzeitung.ch
www.hintergutblatt.ch
«Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage».
Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage
Wir haben gefragt: Fürchten Sie sich vor kriminellen Diebesbanden aus dem Ausland?



Video des Tages
www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos



Während Sturm «Ophelia»: Sohn filmt dramatische Landung seiner Eltern.

REZEPT DES TAGES
Präsentiert von Annemarie Wildeisen

Zwiebelcremesuppe mit caramellisierten Thymian-Baumnüssen

Für 6 Personen als Vorspeise

300 g Zwiebeln
150 g Sellerie
1 Eßlöffel Butter
2 dl Sherry trocken oder Weisswein
5 g Gemüsebouillon kräftig
3 Lorbeerblätter
3 bis 4 Zweige Thymian
50 g Baumnüsse
2 Eßlöffel rosa Pfefferkörner
1 Teelöffel Zucker
Salz
180 g Crème fraîche
0,5 dl Rahm
schwarzer Pfeffer aus der Mühle

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für 11 Franken.
SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter www.wildeisen.ch/schnupperabo
www.wildeisen.ch/suche/rezepte

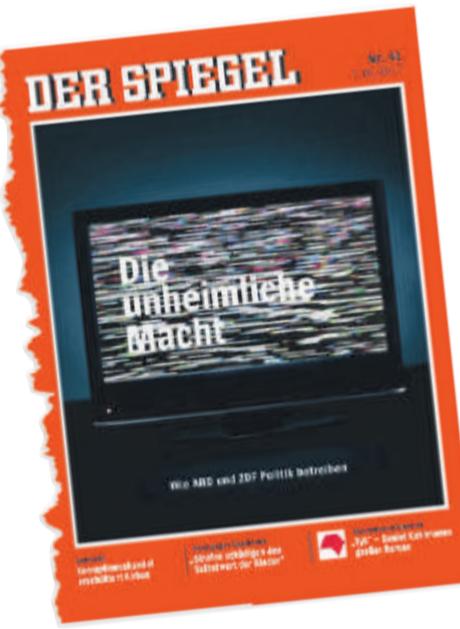
Öffentlich-rechtliche Sender

Der politische Druck wächst nicht nur in der Schweiz

Von SRF bis ZDF: Der «Staatsfunk» am Pranger

In der Schweiz stellt die No-Billag-Initiative die Existenz des Schweizer Radios und Fernsehens infrage. Doch auch anderswo in Europa geraten öffentlich-rechtliche Sender unter Beschuss. Inbesondere in Deutschland.

VON DENNIS BÜHLER



Die unheimliche Macht: Wie ARD und ZDF Politik betreiben, titelte das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» kürzlich auf seiner Frontseite. Die Titelgeschichte war der bisherige Höhepunkt der Kritik, die seit Monaten auf die öffentlich-rechtlichen Sender einprasselt. Manchmal habe man den Eindruck, die beiden Anstalten machen ungefähr so Fernsehen, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel regiere, monierte der «Spiegel». «Irgendwo zwischen «Sie kennen uns», in der Ruhe liegt die Kraft und kulturellem Wachkoma.» Das Unterhaltungsprogramm der beiden Sender scheine vor allem ein Ziel zu haben: «einen Mehltau der Vorhersehbarkeit über die Republik zu legen. Ein ewiges Immer-weiter-so.»

Und weiter wie bisher, das geht auf gar keinen Fall - da sind sich die Kritiker einig. Es ist ein seltsames Bündnis, das sich in dieser Angelegenheit gefunden hat: Auf einer Seite kämpft die rechtspopulistische AfD, die ARD und ZDF «Lügenpresse» schimpft und die Rundfunkgebühr abschaffen möchte; auf der anderen Seite wettern Vertreter der privaten TV-Anstalten genauso wie jene der gedruckten Presse. Beispielsweise Mathias Döpfner, Chef von Deutschlands grösstem Verlag Axel Springer und Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, der ARD und ZDF in Reden und Interviews als «Staats-Presse» bezeichnet und nicht vor Vergleichen mit Nordkorea zurückshreckt. Vor allem online fürchtet Döpfner die gebührenfinanzierten Sender - genauso wie sein Schweizer Pendant, Verlegerverbandspräsident Pietro Supino.

Beim Streit um die Zukunft der Medienpläne in der Schweiz und in Deutschland geht es um dasselbe: Während die privaten Verlage den Gürtel engen, schießen die Werbeeinnahmen nicht möglich. Nicht einmal allein in der Deutschschweiz durch einen Kanal, der Marktführer ist.

Übermorgen Donnerstag tagt in Deutschland die Rundfunkkommission, der die Ministerpräsidenten und Regierungschefs der 16 Bundesländer angehören. Sie entscheidet über Geld und Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - und damit über dessen Zukunft. Vor kurzem präsentierten ARD und ZDF ihre während eines Jahres erarbeiteten Reformvorschläge. Allzu weit gehen diese nicht: Trotz Budgetkürzungen und Entlassungen dürfte der Rundfunkbeitrag ab 2021 von bisher 17.50 auf bis zu 21 Euro pro Monat und Haushalt steigen. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten wollen an ihren sage und schreibe 21 Fernseh- und 66 Radioprogrammen festhalten. Und die Politik dürfte diesen Kurs wohl unterstützen. «Das öffentlich-rechtliche System wird vor einem arg verzerrten Wettbewerb, der das Überleben ihrer Unternehmen gefährdet. Sie wollen, dass ARD, ZDF und SRG online nur dann längere Texte publizieren dürfen, wenn diese einen direkten Bezug zu einem Bei-

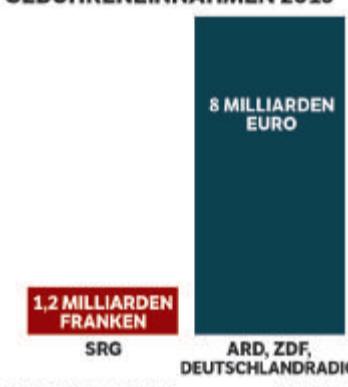
Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schawinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

Und weiter wie bisher, das geht auf gar keinen Fall - da sind sich die Kritiker einig. Es ist ein seltsames Bündnis, das sich in dieser Angelegenheit gefunden hat: Auf einer Seite kämpft die rechtspopulistische AfD, die ARD und ZDF «Lügenpresse» schimpft und die Rundfunkgebühr abschaffen möchte; auf der anderen Seite wettern Vertreter der privaten TV-Anstalten genauso wie jene der gedruckten Presse. Beispielsweise Mathias Döpfner, Chef von Deutschlands grösstem Verlag Axel Springer und Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, der ARD und ZDF in Reden und Interviews als «Staats-Presse» bezeichnet und nicht vor Vergleichen mit Nordkorea zurückshreckt. Vor allem online fürchtet Döpfner die gebührenfinanzierten Sender - genauso wie sein Schweizer Pendant, Verlegerverbandspräsident Pietro Supino.

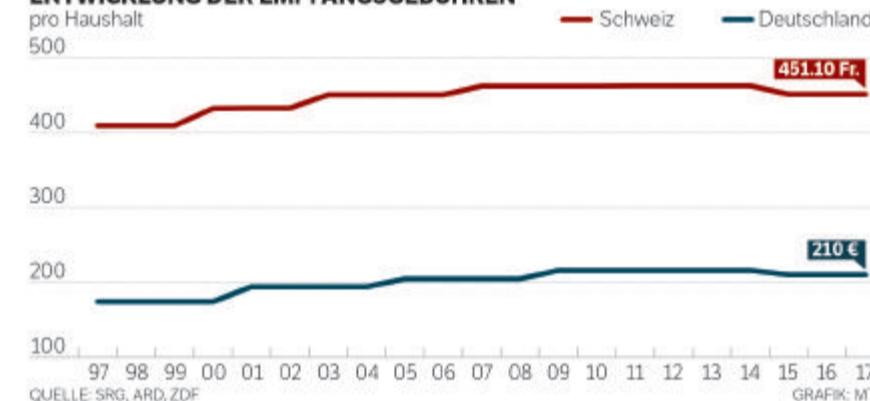
Beim Streit um die Zukunft der Medienpläne in der Schweiz und in Deutschland geht es um dasselbe: Während die privaten Verlage den Gürtel engen, schießen die Werbeeinnahmen nicht möglich. Nicht einmal allein in der Deutschschweiz durch einen Kanal, der Marktführer ist.

Übermorgen Donnerstag tagt in Deutschland die Rundfunkkommission, der die Ministerpräsidenten und Regierungschefs der 16 Bundesländer angehören. Sie entscheidet über Geld und Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - und damit über dessen Zukunft. Vor kurzem präsentierten ARD und ZDF ihre während eines Jahres erarbeiteten Reformvorschläge. Allzu weit gehen diese nicht: Trotz Budgetkürzungen und Entlassungen dürfte der Rundfunkbeitrag ab 2021 von bisher 17.50 auf bis zu 21 Euro pro Monat und Haushalt steigen. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten wollen an ihren sage und schreibe 21 Fernseh- und 66 Radioprogrammen festhalten. Und die Politik dürfte diesen Kurs wohl unterstützen. «Das öffentlich-rechtliche System wird vor einem arg verzerrten Wettbewerb, der das Überleben ihrer Unternehmen gefährdet. Sie wollen, dass ARD, ZDF und SRG online nur dann längere Texte publizieren dürfen, wenn diese einen direkten Bezug zu einem Bei-

GEBÜHRENEINNAHMEN 2016



ENTWICKLUNG DER EMPFANGSGEBÜHREN



TV- UND RADIOGEBÜHREN



lische System wird von den Bundesländern auch aus Eigennutz verteidigt», erklärt «Spiegel»-Autor Brauck. «Die dritten Programme der ARD bieten den Ministerpräsidenten eine Bühne, die diese sicherlich nicht einreissen werden - auch, weil sie die Arbeitsplätze in den Sendeanstalten ihrer Bundesländer keinesfalls gefährden wollen.»

Werden SRG-Kritiker bestraft?
Auch in der Schweiz wird der Vorwurf erhoben, die meisten Politiker schonten die SRG auch aus Eigennutz.

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schawinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schawinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schawinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schawinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schawinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schawinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schawinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde die Rundfunkgebühr in eine Steuer umgewandelt», sagt er. «Damit ist ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, über wie viel Geld SRG, ARD und ZDF verfügen, und viele Bürger empfinden es womöglich als ungerecht, dass auch Nichtnutzer zur Kasse gebeten werden.» Daran glaubt auch Medienunternehmer und SRF-Moderator Roger Schawinski: «Vor allem bei der jüngeren Generation ist die Ablehnung von kostenpflichtigen Medien aus grundsätzlichen und finanziellen Motiven enorm angestiegen», sagt er. «Zwangsgebühren sind in dieser Sichtweise eine Extremform, gegen die es sich für viele zu wehren gilt.»

In diesen Systemwechseln sieht der deutsche Medienwissenschaftler Stephan

Russ-Mohl, der seit 15 Jahren in Lugano forscht, eine Hauptursache für die wachsende Kritik. «De facto wurde